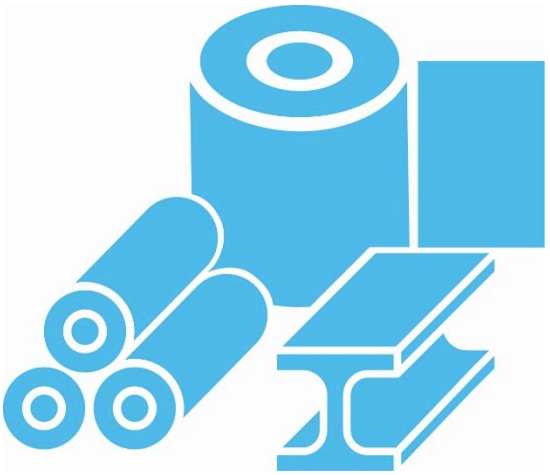
WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

Positionspapier | November 2022

Der US-Inflation Reduction Act aus Sicht der Stahlindustrie in Deutschland



Mit dem Inflation Reduction Act (IRA) hat die USA ein umfangreiches Gesetzespaket auf den Weg gebracht, mit dem nicht nur die Inflation bekämpft, sondern auch der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert, die Energiepreise nachhaltig gesenkt und neue grüne Wertschöpfungsketten aufgebaut werden sollen. Die Stahlindustrie in Deutschland begrüßt einerseits die klimapolitischen Ambitionen, die mit dem Programm verbunden sind. Andererseits stellen die mit dem IRA sich abzeichnenden Verschiebungen in den internationalen Standortbedingungen den Industriestandort Europa vor große Herausforderungen, die durch die in Teilen protektionistische Ausrichtung des IRA erheblich verstärkt werden. Deutschland und die EU sind nun aufgefordert, hierauf eine industrie- und handelspolitische Antwort zu geben.

Ausgangslage

Mit der Unterzeichnung des IRA durch US-Präsident Biden im August 2022 im US-Kongress wurde ein Gesetzespaket auf den Weg gebracht, das weitreichende Auswirkungen auf den Klimaschutz und Investitionen in erneuerbare Energien und in die Wasserstoffwirtschaft haben wird.

Allein im Bereich Klimaschutz sind 369 Mrd. Dollar an Fördermitteln in den nächsten zehn Jahren vorgesehen. Dabei sind Ausgaben für klimafreundliche Energie (169 Mrd.), Transport (23 Mrd.), „saubere“ Technologien (17 Mrd.) sowie für die Finanzierung neuer Industrieanlagen (71 Mrd.) geplant. In vielen Fällen ist die Verfügbarkeit dieser Vergünstigungen an die Bedingung geknüpft, dass u.a. heimischer Stahl und andere in den USA produzierte Materialien oder Komponenten verwendet werden.

Mit dem IRA soll der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert, die aktuelle US-Inflation bekämpft und Wertschöpfungsketten für Zukunftstechnologien in den USA aufgebaut und etabliert werden. Ersten Prognosen zufolge könnten mit Hilfe des IRA die CO_2-Emissionen der USA bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent gegenüber 2005 gesenkt werden (im Vergleich: Klimaziel Deutschland für 2030 minus 65 Prozent zu 1990 und minus 56 Prozent zu 2005). Der klima- und industriepolitische Vorstoß kommt zu einer Zeit, in der sich die EU in einer tiefen Energiekrise befindet und davon auszugehen ist, dass die Energieprise sich auch nach ihrer Überwindung im Rahmen eines neuen „New Normal“ auf erhöhtem Niveau befinden werden.

Positionen der Stahlindustrie in Deutschland

Dringlichkeit zur Schaffung wettbewerbsfähiger Energiepreise verstärkt sich

- Die deutsche und europäische Politik muss ihre Anstrengungen verstärken, der Industrie die Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zu ermöglichen. Bereits heute ist die deutsche Industrie infolge der explodierenden Energiepreise nicht mehr wettbewerbsfähig.

- Mit dem IRA verbindet sich die Gefahr, dass sich die Nachteile strukturell verfestigen. Deutschland und die EU müssen hierauf eine industriepolitische Antwort geben, wie mittelfristig wettbewerbsfähige Energiekosten erreicht werden können.

- Die Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit beziehen sich nicht nur auf die energieintensiven Industrien, sondern betreffen die volle Breite der stahlbasierten Wertschöpfungsketten. Es besteht die Gefahr, dass Unternehmen ihre Investitionen zukünftig verstärkt auf die USA ausrichten, mit negativen Auswirkungen für den Industriestandort Deutschland und die EU (schleichende Verlagerung von Wertschöpfung).

Der Wasserstoffhochlauf muss vor dem Hintergrund des IRA beschleunigt werden

- Die US-Pläne für die heimische Wasserstoffwirtschaft bedeuten für Deutschland ein erhebliches Risiko. So ist der Aufbau bezüglich des Umfangs und Geschwindigkeit so ambitioniert angelegt, dass in den nächsten Monaten große Teile der für die Errichtung von Elektrolyse-Kapazität qualifizierten Anlagenbauer in den USA gebunden sein werden.

- Für Deutschland und die EU könnte sich dadurch eine deutliche Verzögerung des eigenen Wasserstoffhochlaufs ergeben. Zudem besteht die Gefahr, dass Investitionsvorhaben in der EU überdacht und in Richtung USA verlagert werden.

- Vorrangige Ziel muss es jetzt sein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, damit der Wasserstoffhochlauf in der EU deutlich beschleunigt wird. Dazu gehört u.a. technologieneutrale Förderung von Wasserstoff, eine ausreichende Versorgung mit grünem Strom sowie eine auf die Industrie ausgerichtete Wasserstoffversorgungsinfrastruktur.

Der Zugang zum US-Markt muss für europäische Produkte offen bleiben

- Der IRA zielt dabei darauf ab, die inländische Produktion durch Local-Content-Anforderungen, vor allem Stahlprodukte, zu fördern. Für die deutsche und europäische Politik muss es ein Kernanliegen sein, bei Verhandlungen mit den USA zu erreichen, dass der US-Markt für EU-Produkte offen bleibt.

- Mit Blick auf die Stahlindustrie könnte auch das geplante sektorale Abkommen im Stahlbereich eine wichtige Rolle spielen. Ziel dabei sollte es sein, beiden Bündnispartnern einen wechselseitigen Marktzugang zu den grünen Leitmärkten zu garantieren und internationale Kooperation zu verstärken. Dazu gehört auch die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens für klimafreundliche Grundstoffe.

Die EU muss eine industriepolitische Antwort auf den IRA geben

- Förderinstrumente in der EU und Deutschland sind zumeist eng eingegrenzt, nicht kurzfristig verfüg- und kaum kombinierbar, was zu unsicheren Rahmenbedingungen bei oftmals zeitkritischen Investitionsentscheidungen führt.

- Der IRA sollte als Weckruf verstanden werden, rasch ein stimmiges industriepolitisches Konzept zu entwickeln, um Unternehmen unkompliziert und umfassend auf ihrem Weg zur Dekarbonisierung zu fördern. Dabei gilt es, wie der IRA die zentrale Rolle der Grundstoffindustrie für die Transformation anzuerkennen und industriepolitisch abzubilden.

- Durch den IRA drohen die USA als erste stahlerzeugende Region in großem Maße grüne Produkte anzubieten und damit Leitmärkte zu etablieren. Wichtig ist es

nun, dass Deutschland und die EU mit der Schaffung eigener Leitmärkte einen Nachfragepull zu erzeugen.

Hintergrund: Wichtige Inhalte des IRA aus Sicht der Stahlindustrie

- Mit dem IRA hat die USA einen ambitionierten Kurs bei der Transformation eingeschlagen. Anhand von Steuergutschriften als einfach anzuwendendes Förderinstrument wird die heimische Industrie kurzfristig in die Lage versetzt, mit hohem Maß an Planbarkeit Investitionsentscheidungen zu treffen.

- Das US-Gesetzespaket ist daher mit Blick auf Förderumfang, Geschwindigkeit der Umsetzung, Praktikabilität bei der Beantragung von Unterstützung sowie Plan- und Berechenbarkeit für US-Unternehmen einzigartig.

Förderung erneuerbarer Energien

- Der IRA sieht vor, insbesondere im Bereich der nationalen Erzeugung sauberer Energien große Mittel bereitzustellen. Hauptinstrument sind Steuergutschriften für Investitionen in Anlagen zur Erzeugung sauberer Energie, einschließlich Solarenergie, Windenergie und Energiespeicherung.

- Durch die Steuergutschriften für die Erzeugung erneuerbarer Energien kann nach Berechnungen von BCG bis zu einem Drittel der Investitionskosten erstattet werden. Analysen zeigen, dass die Herstellungskosten für grünen Strom in Zukunft massiv gesenkt werden könnten (z.B. rund 50 Prozent im Solarbereich, 40-60 Prozent im Bereich Windenergie).

- Hierdurch wird sich der Ausbau der erneuerbaren Energien in den USA erheblich beschleunigen. Analysen gehen davon aus, dass sich dieser Anteil an der Stromerzeugung im Jahr 2030 auf einen Anteil von bis zu 80 Prozent erhöhen wird (Anteil ca. 40 Prozent im Jahr 2020). Die US-Stahlindustrie wird aufgrund des wachsenden Angebots an preiswertem grünem Strom in der Lage sein, große Mengen an CO2-armen Stahl zu wettbewerbsfähigen Preisen anzubieten.

Förderung der Erzeugung von klimafreundlichem Wasserstoff

- Bei dem Ziel, die USA auf den Weg in eine dekarbonisierte Zukunft zu bringen, spielt die Erzeugung von klimafreundlichem Wasserstoff eine wichtige Rolle. Der IRA zielt darauf ab, die Herstellungskosten massiv zu senken, indem Steuergutschriften für die Erzeugung eingeführt werden sollen (in Höhe von bis zu 3 US-Dollar/kg). Dabei soll es keine Einschränkungen hinsichtlich der Verwendung des Wasserstoffs geben. Diese Technologieoffenheit dürfte in kurzer Zeit zu einem größtmöglichen Angebot führen.

- Es ist somit zu erwarten, dass der IRA den Wasserstoffhochlauf in den USA stark beschleunigen wird. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich in den einzelnen Sektoren Leitmärkte für Wasserstoffanwendungen etablieren können.

Bevorzugung der heimischen Industrie durch Local-Content-Vorschriften

- Neben dem ambitionierten Dekarbonisierungskurs spiegelt der IRA auch klare wirtschaftliche, industrie- und geopolitische Ziele wider. So kann darin der Wille abgelesen werden, die Abhängigkeit von China zu verringern, um sicherzustellen,

dass der Übergang zu einer CO_2- neutralen Wirtschaft Millionen von Arbeitsplätzen in der eigenen Produktion schafft und von sauberen Technologien aus US-amerikanischer Produktion angetrieben wird.

- In dem Bestreben, die inländische Produktion von Vorleistungen für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zu fördern, wird die Gewährung von Steuergutschriften an Local-Content-Anforderungen z.B. für Stahlerzeugnisse geknüpft. So wird z.B. ein „Domestic Content Bonus“ bei Steuergutschriften für Energieprojekte nur dann gewährt, wenn der Anteil an USStahl einen bestimmten Schwellenwert für den Inlandsanteil erreicht.

WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de
www.wvstahl.de

Mitglied im

BDI